

Politik und Religion

Oliver Hidalgo

Gert Pickel *Hrsg.*

Flucht und Migration in Europa

Neue Herausforderungen für Parteien,
Kirchen und Religionsgemeinschaften



Springer VS

Politik und Religion

Reihe herausgegeben von

A. Liedhegener, Luzern, Schweiz

I.-J. Werkner, Heidelberg, Deutschland

In allen Gesellschaften spielte der Zusammenhang von Politik und Religion eine wichtige, häufig eine zentrale Rolle. Auch die Entwicklung der modernen westlichen Gesellschaften ist ohne die politische Auseinandersetzung mit traditionellen wie neuen religiösen Ordnungskonzepten und Wertvorstellungen sowie deren sozialen Trägern nicht denkbar. Im weltweiten Maßstab wie speziell im Blick auf liberale Demokratien haben religiöse Orientierungen und Identitäten ganz erheblich an gesellschaftlichem und politischem Einfluss gewonnen. Die Buchreihe „Politik und Religion“ trägt diesem grundlegenden Trend der Gegenwart Rechnung. Bereits seit 2000 stellt sie für die Politikwissenschaft und benachbarte Sozialwissenschaften im deutschsprachigen Raum ein Publikationsforum bereit, das relevante Forschungsergebnisse zum Zusammenhang von Politik und Religion der wissenschaftlichen Öffentlichkeit vorstellt und Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet fördert. Die Reihe ist offen für verschiedene disziplinäre und interdisziplinäre, theoretisch-methodologische, empirische und interkulturell-vergleichende Ansätze und publiziert Arbeiten, die sich systematisch und umfassend mit politikwissenschaftlich ergiebigen Fragestellungen zum Verhältnis von Politik und Religion befassen. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit „Politik und Religion“ soll damit in ihrer ganzen Breite dokumentiert werden, ohne dass die Herausgeber dabei mit den jeweilig bezogenen Positionen übereinstimmen müssen.

Weitere Bände in der Reihe <http://www.springer.com/series/12407>

Oliver Hidalgo · Gert Pickel
(Hrsg.)

Flucht und Migration in Europa

Neue Herausforderungen für Parteien,
Kirchen und Religionsgemeinschaften

Hrsg.

Oliver Hidalgo
Institut für Politikwissenschaft
Universität Regensburg
Regensburg, Deutschland

Gert Pickel
Theologische Fakultät
Universität Leipzig
Leipzig, Deutschland

ISSN 2510-4748

ISSN 2510-4756 (electronic)

Politik und Religion

ISBN 978-3-658-23308-2

ISBN 978-3-658-23309-9 (eBook)

<https://doi.org/10.1007/978-3-658-23309-9>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2019

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
Oliver Hidalgo und Gert Pickel	
Das Verhältnis von Politik und Religion auf dem Prüfstand?	19
Oliver Hidalgo	
Demokratien in Bewegung	49
Julia Schulze Wessel	
Keine Integration ohne Religion	69
Antonius Liedhegener	
Papst Franziskus und die Flüchtlinge	101
Mariano Barbato und Johannes Löffler	
Die gespaltene Union zwischen Macht und Werten	127
Christoph Handwerker	
Konfliktpartnerschaft zwischen konfessionellen Wohlfahrtsverbänden und Staat in der Krise des Migrationsstaates 2015/2016	161
Wolfgang Schroeder und Lukas Kiepe	
Muslimische Gemeinden in der Flüchtlingsarbeit	189
Rauf Ceylan und Samy Charchira	

Kulturdolmetscher, Integrationslotsen, Förderer des gesellschaftlichen Zusammenhalts	203
Julia Henn	
Flüchtlingspolitik als Konfliktfeld?	227
Hanna Fülling	
Religiöse Hintergründe der Flüchtlingshilfe	251
Alexander-Kenneth Nagel und Yasemin El-Menouar	
Der „Flüchtling“ als Muslim – und unerwünschter Mitbürger?	279
Gert Pickel und Susanne Pickel	
PEGIDA und der „religiöse Musikalitätsmangel“	325
Stefanie Hammer und Steven Schäller	
Migration und die Entwicklung von Wertorientierungen	345
Anja Mays und Verena Hambauer	
Autorinnen und Autoren	371



Neue Herausforderungen für Religion und Religionspolitik durch Flucht- und Migrationsbewegungen?

Oliver Hidalgo und Gert Pickel

1 Der Versuch einer politiktheoretischen Bestandsaufnahme

Die Flucht- und Migrationsbewegungen nach Deutschland und Europa, die spätestens seit 2015 die öffentliche Debatte beherrschen, haben nach einem anfänglichen Fokus auf die Probleme des ‚Krisenmanagements‘¹ und dessen normative Grundlagen² mittlerweile längst grundsätzlichere politische Fragenstellungen aufgeworfen bzw. zum Teil auch wiederbelebt: Darf oder muss ein demokratischer Staat Grenzen so definieren, dass Mitgliedschaft und Zugehörigkeit zu einem Volk zu einer *exklusiven* Qualität werden (Walzer 2006, Kap. 2), welche nicht nur die Bevorzugung der ‚eigenen‘ Bürger rechtfertigt und das Gemeinwesen von unzumutbaren ‚grenzenlosen‘ Verpflichtungen befreit (Blake 2014a und 2014b), sondern insgesamt die territoriale Integrität und Autorität des Staates als institutionalisierten

-
- 1 Siehe z. B. Luft (2016), Schneidt (2016), Alexander (2017), Kittel (2017) sowie Münkler und Münkler (2016), S. 21ff., 201ff.
 - 2 Einen diesbezüglichen Überblick, der insbesondere die Fragen nach dem gebotenen Umfang von Hilfspflichten sowie einer möglichen Obergrenze für Flüchtlinge behandelt, liefern Grundmann und Stephan (2016).

Agenten kollektiver Selbstbestimmung wahr (Miller 2007; Nida-Rümelin 2017)³ bis hin zur Verteidigung einer (relativ) homogenen kollektiven Identität (Miller 2016)? Oder zeichnet sich eine Demokratie umgekehrt durch generelle Offenheit, Freizügigkeit und Pluralität aus, an welchen nicht nur die Bevölkerung eines bestimmten Landes bzw. eines Staatenbundes, sondern – im Sinne einer „Ethik“ (Carens 2013) sowie eines universalen „Menschenrechts“ auf Immigration (Owen 2014; Oberman 2016) bzw. einer (noch darüber hinausgehenden) „globalen Bewegungsfreiheit“ (Cassee 2016) – theoretisch alle Menschen auf der Erde teilhaben können?⁴ Was sowohl die gängige (völkerrechtliche) Unterscheidung zwischen politischen Flüchtlingen und Wirtschaftsmigranten obsolet machen wie auch das Argument staatlicher Grenzhoheit demokratietheoretisch entkräften würde (Abizadeh 2008)?⁵ Sind Flucht und Migration davon abgesehen als historisch eher ‚normales‘ Phänomen einzustufen (Oltmer 2016; Ther 2017; Bade 2017), das derzeit bloß verstärkt ins Bewusstsein der Europäer zurückgerückt ist und insofern unnötige „Panikmache“ verursacht (Bauman 2016)? Oder hat die ebenso ungeregelte wie unkontrollierte Ein- und Durchreise Hunderttausender Flüchtlinge und Migranten während der Spätsommer- und Herbstmonate 2015 tatsächlich zu einer Form des ‚Ausnahmestands‘ geführt (vgl. Gordon 2010)? Ein Ausnahmezustand, der zum einen – wie einst Hannah Arendt (2016) in ihrem erstmals 1943 erschienenem Essay *We Refugees* oder auch Giorgio Agambens *Homo sacer* (2002) hervorhoben – das Flüchtlingslager zum schlechthin recht-, gesetz- und schutzlo-

3 Ein ‚moderates‘, demokratietheoretisch gesättigtes „Right to Exclude“ zwischen „open borders“ und „absolute sovereignty“ vertritt überdies Ryan Pevnicks (2011) Theorie der „associative ownership“, die den politisch aktiven Bürgern eine Art Eigentumsrecht an ihrer Nation einräumt, mit dem (impliziten) Argument, dass die Wirksamkeit der politischen Institutionen einer Demokratie in der Praxis an ein konkretes Territorium gebunden sind.

4 Zur (Gegen-)Position, die auf der einen Seite das individuelle „Right to Leave“ aus menschenrechtlichen Gründen respektiert, um auf der anderen Seite gleichwohl das „Right to Exclude“ demokratietheoretisch zu legitimieren, siehe Blake (2014b) und (2015). Analog bleibt es bei Blake (2015, S. 203) eine unaufgelöste Spannung, dass es kein „absolute right to leave a state“ geben kann, falls damit „a duty on the part of other states“ gemeint sei. Ähnlich bereits das Argument von Angeli (2011), der die Zweifelhaftheit unterstreicht (und akzeptiert), dass ein *moralisch* überzeugend zu reklamierendes ‚Recht auf Einwanderung‘ im Rahmen eines *politisch*-demokratischen Verfahrensprozesses de facto finalisiert wird. Für eine Reformulierung des gleichen Sachverhalts auf Basis der Unterscheidung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik siehe z. B. Ott (2016).

5 Für eine Gegenüberstellung der Argumente für ein demokratisches „Right to Exclude“ und dem ebenfalls im Namen der Demokratie erhobenen Plädoyer für „Open Borders“ siehe auch Wellman und Cole (2011).

sen Ort sowie die Lage der Flüchtlinge zum Synonym totaler Ausgrenzung werden ließ,⁶ wohingegen er zum anderen einen Bürgerkrieg zwischen Befürwortern und Gegnern offener Grenzen in Europa provozierte (Guérot 2017)? Existiert schließlich eine Verantwortung oder sogar Verpflichtung für westliche Industrienationen, ihre Flucht- und Einwanderungspolitik im Sinne der Anforderungen an eine globale Wertegemeinschaft auszurichten (vgl. Higgins 2009)? Um dadurch nicht zuletzt die prekären Resultate der eigenen fehlgeleiteten (Nahost-)Politik (Lüders 2017), der Auslagerung selbstproduzierter Armut und Ungerechtigkeit (Lessenich 2016) oder sogar eines „neuen Klassenkampfes“ (Žižek 2015) zu kompensieren? Ein Klassenkampf, in dessen Konturen Flucht und Terror wiederum als ineinander verschachtelte Reaktionen auf den Ausschluss der Massen von Wohlstand und sozialer Teilhabe fungieren? Oder ist die Idee einer (re-)distributiven Gerechtigkeit, die sich entlang des Gebots der Hilfeleistung für die „Schlechtestgestellten“ einer Gesellschaft manifestiert, gerade keine Frage der (völkerrechtlich organisierten) internationalen Beziehungen (Rawls 2002, S. 141ff.)? Weshalb eine ethische Verpflichtung für die Industrieländer allenfalls dahingehend besteht, die Abwanderung von Humankapital sowie den „Braindrain“ von gut ausgebildeten Fachkräften aus der ‚Dritten Welt‘ auf ein relativ geringes Niveau zu reduzieren, um somit optimale ökonomische Konsequenzen für die Herkunftsländer zu erzielen (Collier 2016, S. 207ff., 231ff.)?⁷ Und zuletzt: Muss man vielleicht im Sinne des Schutzes einer politischen Gemeinschaft und einer Korrespondenz von politischer Kultur und politischer Struktur sogar stärker auf Aspekte der Zugehörigkeit achten – und/oder diese den Bürgern zumindest vermitteln (Almond und Verba 1963; Easton 1979; Pickel und Pickel 2006)? Muss neben demokratischer Offenheit und Pluralität doch auch auf zumindest grundsätzliche Gemeinsamkeiten und geteilte normative Perspektiven (z.B. die Akzeptanz von Pluralität oder die Gültigkeit der Verfassung) geachtet werden, wenn es nicht zu (derzeit viel, aber oft diffus thematisierten) Problemen im gesellschaftlichen Zusammenhalt in einem Staat kommen soll?

6 Eine aktualisierte Interpretation des ‚rechtlichen‘ Status von Flüchtlingen im Anschluss an Arendt und Agamben, die allerdings differenziert zwischen „Lager“ und „Grenzraum“ (Letzteres im Sinne des Ortes, in dem alle Regeln und Entscheidungen über Inklusion und Exklusion unterlaufen werden), findet sich bei Schulze Wessel (2017).

7 Für einen streng utilitaristisch-nutzenethischen Fokus auf die Flüchtlingsfrage siehe zudem bereits die Argumentation von Peter Singer (1994), die zwischen den Interessen der Bevölkerung in den Aufnahmeländern und den Bedürfnissen der Flüchtlinge und Migranten jenseits ‚moralischer Korrektheit‘ zu vermitteln trachtet.

Bei all diesen sehr grundsätzlichen und aktuell kontrovers diskutierten Fragestellungen kommt dem Thema Religion nachdrückliche Bedeutung zu.⁸ Neben der evidenten Einsicht, dass die religiösen Überzeugungen von Einzelnen und Gruppen historisch betrachtet seit jeher einen der wichtigsten Gründe für Diskriminierung und Verfolgung und damit auch für Flucht und Vertreibung markieren, liegt dies in erster Linie daran, dass es gegenwärtig überwiegend Menschen aus muslimisch geprägten Herkunftsländern und Krisenregionen wie Syrien, Afghanistan, dem Irak, Somalia, der Türkei oder dem Maghreb-Gürtel sind, die sich aufgemacht haben, um auf dem traditionellen Gebiet des ‚christlichen Abendlandes‘ dauerhaft oder wenigstens vorübergehend Aufnahme zu finden (siehe Pickel und Pickel 2018). Insofern kreist die öffentliche Debatte über das Thema Flüchtlinge und Migranten derzeit auch wesentlich um die Frage, ob und wie die Integration von Menschen aus einem ‚fremden Kulturraum‘ vorstattgehen kann (siehe z. B. Münkler und Münkler 2016), bzw. ob aufgrund der (erwartbaren) Zunahme von „Parallelgesellschaften“ (Schiffauer 2008) ein Scheitern von Integrationsbemühungen vorprogrammiert ist (siehe z. B. Abdel-Samad 2018). Für eine entsprechende Einschätzung von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang nach wie vor der sogenannte *Race Relation Cycle* der *Chicago School* der Soziologie (Park und Burgess 1969). Dieser geht idealtypisch davon aus, dass die eigentliche Aufnahme von Zuwanderern in einer Gesellschaft primär durch die dort bereits ansässige ethnische und religiöse Bezugsgruppe erfolgt, bevor nach einer konfliktreichen Interimsphase (bestenfalls) Prozesse der Akkommodation und Assimilation einsetzen. Dass diesbezüglich gerade das Beispiel der Muslime bislang mit einem eher negativen ‚Diasporaefekt‘ aufwartet, der den Eintritt in die beiden späteren Phasen des *Race Relation Cycle* unterminiert, suggerieren für Deutschland und Österreich etwa die Studien von Haug et al. (2009) und Faßmann (2017).⁹ Auch die Beteiligung der religiösen Zugehörigkeit an potentiellen Integrationsproblemen ist wiederholt Thema in der Forschung. Während Koopmans (2015) massive kulturelle Distanzen unter der muslimischen Zuwanderungsbevölkerung als Integ-

8 Einen fundierten Überblick über die Vielfalt der davon berührten moralphilosophischen, religionssoziologischen und politischen Themen wie die Gastfreundschaft, das Verhältnis von Religiösem und Säkularem oder die gestiegenen sicherheitspolitischen Herausforderungen liefern v. a. Mavelli und Wilson (2016).

9 Zur Kritik am *Race Relation Cycle*, der eine empirisch nicht zu bestätigende Linearität voraussetzt und ebenso problematische normative Implikationen aufweist, siehe allerdings Han (2006). Foner und Alba (2008) machten zudem zwischen den USA und Westeuropa einen Wahrnehmungsunterschied hinsichtlich der Religion als positiver Faktor bzw. Hemmnis für Integration aus, der mit dem jeweiligen Gesamtimage der Religion auf beiden Kontinenten zu tun habe.

rationshemmnis herausstellt, fragen sich Adida und Kollegen (2016), inwieweit die Integration von Muslimen in christlichen Gesellschaften überhaupt möglich ist.

Unabhängig davon, ob wir die Rolle der Religion im Kontext der Integrationsproblematik nun eher positiv-optimistisch oder negativ-pessimistisch taxieren, die einschlägigen Befunde unterstreichen in jedem Fall seit Längerem einen Trend, der infolge der zunehmenden Migrationsbewegungen die religiöse Struktur in den westlichen Demokratien signifikant verschiebt (vgl. Bava und Capone 2010; Vilaça et al. 2014; Polak und Reiss 2014). Diese Entwicklung wird in der Religionssoziologie unter dem Begriff der *religiösen Pluralisierung* diskutiert (SVR 2016; Pickel et al. 2017) und beleuchtet speziell die Verbreiterung der Vielfalt religiöser Zugehörigkeiten in Regionen, Ländern und Kulturkreisen mitsamt den einhergehenden Bedrohungsperzeptionen (Pickel 2012; Pickel 2014; Pickel 2015; Pickel und Yendell 2016; Pickel et al. 2016). Im Prinzip meint diese Entwicklung in Europa vor allem einen quantitativen Zuwachs an Muslimen und einen Bedeutungsgewinn des Islam, der in der öffentlichen Wahrnehmung umso drastischer ausfällt, da er qualitativ die seit den 1970er Jahren konsistent fortschreitenden Säkularisierungsprozesse in der modernen Gesellschaft kontrastiert (Pollack und Rosta 2015; Pickel 2017).¹⁰

Darüber hinaus aber ist die Frage der Religion im Kontext von Flucht und Migration offensichtlich auch deswegen relevant, weil gesellschaftlich umstritten ist, inwieweit die christlichen Werte der Menschenwürde und Nächstenliebe zu einer besonderen Verantwortung für die armen, bedürftigen und verfolgten Menschen auffordern, die sich aus welchen Gründen auch immer auf der Flucht befinden,

10 Dass es sich in dieser Hinsicht freilich um eine Fehlperzeption handeln könnte, da auch die Welt des Islam – nicht zuletzt aufgrund der globalen Migrationsbewegungen – von den modernen Säkularisierungsprozessen längst erfasst ist, sind die Schriften von Olivier Roy (2006 und 2011) zu zeigen bemüht. Nach Roy stellen daher auch die Trends, die gemeinhin als ‚Resurgence of Religion‘ subsumiert werden – die Radikalisierung und (Neo-)Fundamentalisierung des religiösen Glaubens – ein Phänomen dar, das in *allen* Weltreligionen nachzuweisen sei und das seinerseits eine Abwehrreaktion der (noch) Glaubenstreuen auf ihre (als dekadent empfundene) zunehmend säkulare Umwelt darstelle. Ein von Hartmut Lehmann (2005) edierter Band, der die kritische Haltung des Herausgebers zum Säkularisierungsbegriff widerspiegelt (vgl. Lehmann 2004), betont demgegenüber, wie sehr religiöse Bindungen infolge von Migrationserfahrungen für gewöhnlich erstarken, indem sie gerade Menschen in der Diaspora moralischen Halt und Orientierung versprechen. Zum Zusammenhang zwischen Religiosität, Migration und Identitätsfindung siehe auch Plüss (2008), Kivisto (2014) sowie Frederiks und Nagy (2016), zur allgemeinen Verwobenheit zwischen Religion und Politik, die sich ebenso unter säkularen Vorzeichen einstellt, siehe überdies Hidalgo (2017). Zur entsprechenden Vergleichbarkeit von Christentum und Islam als (stets auch) ‚politische Religionen‘ siehe schließlich Hidalgo et al. (2017).

oder ob nicht die gleichen Werte zuvorderst die (moralische) Ressource für eine gemeinsame Identität bilden,¹¹ die es gegen einen ‚Ansturm‘ von nicht-christlichen Flüchtlingen und Immigranten zu verteidigen gilt. Gerade diese Frage (und die starke Kopplung der Diskussion über Geflüchtete mit der Diskussion über „den Islam“) hat die Debatte über die Bedeutung von Religion in der Gesellschaft auf vielfältige Weise neu entfacht und kulminiert derzeit in dem Streitpunkt, ob und inwieweit Muslimen die gleichen religiösen Rechte einzuräumen sind wie Christen, Juden und anderen Religionsgemeinschaften (Carol 2018). Doch nicht nur die kontroversen Diskussionen über die religiöse Zugehörigkeit der Geflüchteten sowie die daraus vermuteten Folgen, sondern auch andere Aspekte der Religionspolitik kommt im Kontext der aktuellen Flucht- und Migrationsbewegungen große Relevanz zu: Wie lässt sich ein religionspolitischer Multikulturalismus angesichts einer zunehmend multikulturalismuskritischen Stimmungslage implementieren (Kolb 2018)? Hat sich vor allem im säkularen Europa mittlerweile eine neue, generelle Intoleranz gegenüber Religion und religiöser Vielfalt etabliert, der religionspolitisch zu begegnen ist (Nussbaum 2012; Pollack et al. 2014)? Braucht es angesichts anhaltender Migrationsbewegungen und zunehmender religiöser Pluralität im Ganzen eine neue, ‚postmigrantische‘ und ‚postreligiöse‘ Art der Identitäts- und Nationenbildung (Foroutan et al. 2014; Heckmann 2015)? Wie geht man derzeit als Kirche mit den Herausforderungen aus den Fluchtbewegungen um – und wie gegebenenfalls mit den unterschiedlichen Positionen der eigenen Mitglieder in dieser Frage? Auch die Positionierung der politischen Parteien ist hier gefragt. Gelegentlich kommt es dabei zu Sperrigkeiten, wie es nur als Beispiel die Kritik der bayrischen katholischen Kirche an der Haltung der CSU in der Flüchtlingspolitik eindrücklich illustriert.

2 Anliegen des Bandes und Zusammensetzung

Der Band nimmt sich vor, den angesprochenen Fragestellungen aus unterschiedlichen Perspektiven nachzugehen und wissenschaftliche Antwortmöglichkeiten auf verschiedene der aufgeworfenen Fragen vorzulegen. Dabei gliedert er sich in drei größere Teilbereiche. In den ersten Beiträgen werden theoretische Zugänge zur Thematik aufgezeigt und konzeptionelle wie empirische Grundlagen für die Behandlung des Themas gelegt. *Oliver Hidalgo* stellt die Stellung des demokratischen Verfassungsstaates in den Vordergrund seiner Überlegungen und fragt sich,

11 Zur *theologischen* Rekonstruierbarkeit Europas als ethische Wertegemeinschaft siehe Mandry (2009).

inwieweit die „Flüchtlingskrise“ oder die an ihr angeschlossenen Diskussionen und Diskurse diesen verändern, unter Druck setzen oder gar in seiner Wirksamkeit beschneiden. Beachtenswert ist dabei, dass es sich an dieser Stelle um eine Frage handelt, die sich speziell im Verhältnis von Religion und Politik abspielt. So wird sich zeigen müssen, inwieweit es zu einer Wiederkehr von Nationalismen und kultureller Differenz kommt, welches sich vor allem an Gegensätzen zwischen religiös-kulturellen Zugehörigkeiten, aber auch Fragen nach der Pluralitätsfähigkeit moderner Staaten festmacht. Auch *Julia Schulze Wessel* widmet sich der demokratietheoretischen Frage nach den Wirkungen von Religion. Dazu rekurriert sie auf die alttestamentarische Ruth in den Überlegungen von Bonnie Honig und Julia Kristeva und arbeitet so heraus, dass Demokratien immer einem Paradox ausgesetzt sind: dem integrativen wie aber auch störenden und irritierendem Moment des „Wir“. Dies auszuhandeln bleibt Aufgabe der Demokratie und führt dazu, dass sie sich immer in Bewegung befindet. Die Frage der Aufnahme von Geflüchteten trifft genau diese Konstitution des „Wir“ und des „Fremden“. Einen eher konzeptionell-empirischen Zugangsweg wählt *Antonius Liedhegener*. Er untersucht anhand empirischen Materials und unter einer zivilgesellschaftlichen Perspektive die Bedeutung der sozialen Integration im Lichte der „Flüchtlingskrise“ auf der Makro-, Meso- und Mikroebene. Zwar ist nach seiner Feststellung die Mehrheit der Gesellschaft durchaus bereit, Flüchtlinge – und gerade muslimische Flüchtlinge – in die eigene Gesellschaft zu integrieren. Allerdings aber haben gerade die medialen Debatten und politischen Streitigkeiten über die Flüchtlingspolitik das Thema belastet. Hinzu kommt eine gewisse Marginalisierung der Geflüchteten. An dieser Stelle können gerade religiöse Gemeinschaften als Mittler und Vermittler einsetzen – und die integrative und positive Wirkungsseite von Religion wieder stärker in den Blick der Öffentlichkeit rücken.

Im zweiten Abschnitt des Bandes rücken religiöse wie auch politische Akteure ins Blickfeld. Hier geht es vor allem darum, einschlägige Position in den Debatten zu Flucht und Migration zu bestimmen und insbesondere die Rolle der Verbände und Parteien, speziell mit ihrem Blick auf kirchliche Positionen, zu beleuchten. In starkem Maße dreht es sich dabei um Wahrnehmungen und Einordnungen. *Mariano Barbato* und *Johannes Löffler* untersuchen zunächst die Wahrnehmung des Weltjugendtages 2016 in den deutschen Medien und mit einem Fokus auf die Äußerungen von Papst Franziskus zu Fragen von Flucht, Vertreibung und Migration. Am Beispiel der medialen Resonanz des Weltjugendtags 2016 in den deutschen Medien können die Autoren nachweisen, dass vor dem Hintergrund einer kontinuierlichen und klaren Positionierung zu Migration in der katholischen Kirche wenige, medial wiederholte Papstzitate ausreichen, um Papstbotschaft und Weltjugendtag in der öffentlichen Wahrnehmung vom religiösen Ereignis in Richtung

politische Debatte um Migration zu verschieben. Diese vermittelte Position geht mit einer starken positiven Aufwertung des Papstes einher und passt zu seinem Schwerpunkt auf dem Gebiet des Sozialen. Es zeigt zudem die Verbindung zwischen religiösen Akteuren und Migration sowie Fragen von Flucht und Vertreibung. Doch nicht nur kirchliche Akteure und Institutionen stehen in der „Flüchtlingsfrage“ unter Positionierungsdruck, auch die Parteien sind herausgefordert. *Christoph Handwerker* analysiert die „Flüchtlingsfrage“ als einen zentralen Streitpunkt innerhalb der Unionsparteien und identifiziert hierzu ein weitreichendes Konfliktpotential für konservative politische Parteien. Sie stehen an einer Art Scheidelinie, eher konservative und eher bürgerlich-liberale Positionen miteinander zu versöhnen. Durch die Beteiligung unterschiedlicher Flügel in der Haltung zur Flüchtlingspolitik stellt dies in gewisser Hinsicht eine Zerreißprobe dar, die sich anders als bei anderen politischen Parteien ergibt. Diese Auseinandersetzung erweitert sich auf einen Gegensatz zwischen den humanitär offenen Positionen der christlichen Kirchen in Deutschland und konservativ-ablehnenden Positionen in der CDU und speziell CSU. *Wolfgang Schroeder* und *Lukas Kiepe* wiederum sehen eine Art Konfliktpartnerschaft zwischen konfessionellen Wohlfahrtsverbänden und dem Staat im Umfeld der Fluchtbewegungen nach Deutschland. Diese funktionierte so lange, wie eine eher positive Haltung der Bundesregierung der Aufnahme von Geflüchteten gegenüber vorherrschte. Entsprechend begleiteten danach Diakonie und Caritas die staatliche Abkehr von einer Willkommenskultur eher (wenn auch öffentlich vorsichtig) kritisch und rücken heute statt migrationspolitischer Restriktionen die einzelnen Flüchtlinge und deren Bedürfnisse ins Zentrum ihrer Arbeit wie Aufmerksamkeit. Insofern positionieren sie sich als Hüter der migrationspolitischen Anliegen der Verfassung gegenüber dem Staat. Gleichzeitig leisten sie mit ihren Aktivitäten einen aktiven Beitrag, um Probleme aus der Migration vor Ort zu bewältigen. Diese Konfliktpartnerschaft ist aus Sicht der Autoren Teil eines modernen Migrationsstaates, der die inneren und äußeren Grenzen permanent neu justieren muss.

Die Wohlfahrtsverbände, allerdings die muslimischen, stehen im Zentrum des Aufsatzes von *Rauf Ceylan* und *Samy Charchira*. Sie sehen diese als einen zentralen und wichtigen (ersten) Schritt auf dem Weg in eine Institutionalisierung auch des muslimischen Glaubens in dem eher korporatistischen deutschen Religionsystem an. Mithin wird an dieser Stelle die Erweiterung der bisherigen „Religionsfreundlichkeit“ des deutschen politischen Systems in Bezug auf Religion erweitert – und gibt einen zusätzlichen Hinweis auf die künftigen Entwicklungen im Spektrum der institutionalisierten Zivilgesellschaft. Auch *Julia Henn* beleuchtet die Stellung der muslimischen Verbände in der „Flüchtlingskrise“. In dieser Hinsicht stellt sie fest, dass selbst wenn ein Diskurswechsel im Umgang des Staates

mit den muslimischen Wohlfahrtsverbänden hin zu einer höheren Anerkennung letzterer als wichtiger Akteur in der Integrationspolitik stattgefunden hat, dieser nicht nachhaltig in die Öffentlichkeit getragen wird. Entsprechend ist die Kenntnis über die Erfolge an dieser Stelle in der Bevölkerung eher gering. Neben der organisatorischen Bewältigung der Fluchtbewegungen ist es diesbezüglich vor allem die Extremismusprävention, welche die Regierung zu verstärkten Austauschprozessen antreibt. Immerhin aber wirkt sich die „Flüchtlingskrise“ positiv auf die Selbstwahrnehmung der Verbände aus. Diese sehen sich nun vermehrt als Einheimische, was einen nicht zu unterschätzenden Integrationsgewinn darstellt. *Hanna Fülling* untersucht die Interaktionen und ihre Muster zwischen politischen und kirchlichen Akteuren vor dem Hintergrund der Fluchtbewegungen. Dabei kommt sie zu dem Schluss, dass es sich um ein hochdynamisches Feld handelt, welches man neben der Religionspolitik auch dem Bereich der Moralpolitik zuschlagen kann. Füllings Ansicht nach ist es keineswegs selbstverständlich, dass von kirchlicher Seite her immer und unwidersprochen ein Eintreten für Geflüchtete und deren Integration erfolgt. Nicht nur, dass konkrete kirchliche Akteure durchaus gegen eine solche Position argumentieren, ist auch die Gültigkeit „einer christlichen Position“ innertheologisch nicht eindeutig geklärt. *Kenneth-Alexander Nagel* und *Yasemin El-Menouar* können anhand eines Blickes in aktuelle Daten der Bertelsmannstiftung überdies religiöse und normative Hintergründe der Flüchtlingshilfe identifizieren. In dieser Hinsicht kommen sie zu dem Schluss, dass die Flüchtlingshilfe in den allermeisten Fällen von Offenheit getragen ist, welche einem pluralen Verständnis von Demokratie entspricht. Weder herrscht eine Indoktrination der Geflüchteten durch ihre Helfer in die eine oder andere Richtung vor, noch ist es so, dass es sich um ein Privileg der Christen handelt. Hilfe von Muslimen für Muslime findet unter der Prämisse einer gemeinsamen Religionszugehörigkeit genauso statt, ohne dabei in der Regel eine dogmatische und religiös exklusivistische Position anzunehmen. Aufgrund der überdurchschnittlichen Beteiligung von religiösen Menschen an der Flüchtlingshilfe stellt diese somit auch eine Gelegenheitsstruktur des wechselseitigen Kennenlernens der Religionen dar.

Im abschließenden dritten Abschnitt des Bandes geht es um die politischen Einstellungen, welche Folge der Entwicklungen sind. Dies beinhaltet die Frage, welche Bedeutung die religiöse Komponente für die Haltungen zu Geflüchteten und die anschließenden Diskussionen besitzt. *Gert Pickel* und *Susanne Pickel* sehen dabei eine Kumulation der Fremdheit als zentrales Problem der „Flüchtlingskrise“. So ist es vor allem die über ihre religiöse Zugehörigkeit abgeleitete kulturelle Fremdheit, welche bei vielen Deutschen und Europäern Skepsis bis Ablehnung gegenüber Geflüchteten mit sich bringt. Diese Verdopplung der Fremdheit macht den Flüchtling für viele, nicht alle, Deutsche zum unerwünschten Mitbürger. Gleichzeitig findet

sich eine große Gruppe an Bürgern, die entgegengesetzter Meinung sind. Dies hat zu einer Polarisierung in den europäischen Gesellschaften geführt, die sich in Deutschland an den Wahlerfolgen der rechtspopulistischen AfD ablesen lässt. Die eigene religiöse Zugehörigkeit ist hierfür meist zweitrangig. Dies zeigen ebenso *Stefanie Hammer* und *Steven Schäller* in ihrem Beitrag zu der Empörungsbewegung PEGIDA. Gleichzeitig demonstrieren die Autoren, wie sich der Begriff des „Volkes“ in diesem Zusammenhang fast zu einer Transzendenzformel entwickelt. Zumindest dient jene Wahrnehmung der Repräsentation von Kollektivinteressen als tragendes Narrativ für das eigene Handeln von Pegida-Anhängern, wie es auf der Gegenseite der Bezug auf die 1968 gewonnenen Freiheiten ist. Beide Positionen gewinnen einen zivilreligiösen, normativen Charakter. Damit erklärt sich in Teilen allerdings auch die Verhärtung der polaren Positionen. So handelt es sich eben nicht um ein Ringen um Kompromissentscheidungen, sondern eher um eine neue Art des „Kulturkampfes“. *Anja Mays* und *Verena Hambauer* untersuchen zuletzt die Entwicklung von Wertorientierungen unter Berücksichtigung von Religion. Damit gehen sie auf die These der „Parallelgesellschaften“ und auch den expliziten Vorwurf von populistischer Seite ein, dass sich muslimische Immigranten gar nicht wirklich in eine westliche Gesellschaft integrieren können. Dem können sie auf Basis ihrer empirischen Daten widersprechen. Gleichzeitig gelingt die Annäherung in den Wertorientierungen bei bestimmten Gruppen besser als bei anderen. Hauptsächlich verantwortlich erweisen sich Diskriminierungserfahrungen. Bleiben diese aus, dann ist die Integration erfolgreicher, wird Diskriminierung wahrgenommen, erweist sich dies als integrationshemmend. Hier ist dann der Rückzug in kulturell ähnliche soziale Gruppen, die einem Anerkennung versprechen, nicht fern. Religiosität erweist sich hingegen für die Werteentwicklung als nur peripher bedeutsam. Vermutlich wird sie nur dann relevant, wenn es zu Rückzugsprozessen kommt. Zusammen mit den vorherigen Ergebnissen von Pickel und Pickel zeigt der Beitrag von Mays und Hambauer den hohen Bedeutungsgrad von kollektiver Identitätsbildung auch gerade aufgrund des wechselseitigen Umgangs der sozialen Gruppen an. Damit wird deutlich, dass eine Beschäftigung mit dem Komplex Flucht, Migration, Politik und Religion eine interdisziplinäre Angelegenheit ist.

3 Zentrale Erkenntnisse und Dank

Insgesamt lässt sich feststellen, sofern man eine kleine Zusammenschau der doch viele unterschiedliche Facetten des Themas beleuchtenden Beiträge wagen will, dass die Religion zurück in die öffentliche und politische Diskussion gefunden hat. Allerdings vielleicht nicht in der Weise, wie sich dies manch ein Kirchenver-

treter vorgestellt hat. Die „Rückkehr der Religion“ (Pickel und Hidalgo 2013) ist mit Blick auf die vorliegenden Beiträge weder eine spirituell bedingte Re-Christianisierung noch eine von den großen Religionsgemeinschaften entkoppelte (Wieder-)Belebung subjektiver Religiosität. Eher scheint derzeit eine Aktivierung der Diskussion über die Bedeutung von Religion für moderne Gesellschaften eingesetzt zu haben. Diese Diskussionen sind stark von Kritik und Skepsis an einer womöglich positiven Wirkung von Religionen für den gesellschaftlichen Frieden und ein integratives Zusammenleben pluraler Gemeinschaften geprägt. Zwar werden Religionen von nicht wenigen Menschen (auch außerhalb kirchenleitender Funktionen) immer noch als friedensstiftende und integrative Ressource in der Gesellschaft angesehen, von einer wachsenden Zahl an anderen Bürgern speziell in Europa und der westlichen Welt werden sie aber eher als (wie auch immer gear-tete) *Ursache für Konflikt* und Auseinandersetzungen ausgemacht. Die Migration von Menschen mit nichtchristlicher Prägung in die europäischen Kerngebiete des Christentums erweist sich dabei als Nukleus des Aufkommens dieser Debatte in der westlichen Welt. Sie bringt bislang als fern der westlichen Welt identifizierte Konflikte mit Verbindung zur Religion auch in die westliche Moderne, wobei die verbreitete ‚Angst vor dem Islam‘ (Helbling 2012) alle anderen Aspekte der Debatte seit Längerem dominiert. Eben deshalb verbinden sich heute in einer religiös gefärbten Migrationsdiskussion Erörterungen und Polemiken über religiös motivierten Terrorismus, die Unberechenbarkeit und Uneinsichtigkeit von Religionen und ihren Anhängern für rationale Argumente sowie kulturelle Fremdheitsgefühle zu einem Diskursrahmen mit politischer Sprengkraft. Fragen nach Identität und nach der Wirkung von Gefühlen – im Rahmen des *Emotional Turn* der Kulturwissenschaften – beleben jene Diskussionen weiter und führen zu einer starken Intensivierung. Die intensive Debatte der Verzahnung der Diskussionen um Flucht, Migration und Religion dürfte indes ihren Höhepunkt noch nicht einmal überschritten haben.

Diesen grundsätzlichen Befund zeigen und bestätigen auch die in diesem Band versammelten Beiträge. Sie sind sich zumindest in einem Punkt sehr einig: Religion besitzt in Verbindung mit den Migrationsbewegungen eine massive Wirkung auf die Politik (und möglicherweise auch die Demokratie). So kommt es nicht nur zu Veränderungen in der politischen Landschaft durch neue Akteure, sondern sowohl die politische Kultur als auch die politischen Strukturen der modernen westlichen Demokratien sind gezwungen, auf religiöse Zugehörigkeiten und ihre Wahrnehmung zu reagieren. Folgerichtig offenbaren sich am Thema Flucht und Zuwanderung die allgemeinen Herausforderungen an Religionen in einer modernen Gesellschaft. Sowohl religiöse Verbände sind gefragt, sich unter diesen Bedingungen neu oder bewusst aufzustellen und Position zu beziehen, als auch der

Gesetzgeber steht vor der Herausforderung, im Sinne eines geprüften Staatskirchenrechtes einheitliche Regelungen vor dem Hintergrund einer kulturell tradierten religiös-kulturellen Entwicklung zu gewährleisten. Dies erfordert Modifikationen und Anpassungen staatlicher Religionspolitik und seiner Verantwortlichen wie es auch politische Akteure und Parteien dazu zwingt, Positionen gegenüber den religiösen Entwicklungen und ihren Folgen zu bestimmen. Die gesellschaftlich existierenden Herausforderungen sind nicht nur unterschiedlich zu beantworten, sondern zeigen zugleich, dass Religionszugehörigkeiten und religiöse Identitäten weiterhin eine Bedeutung für die Konstitution einer Gesellschaft spielen. Dabei muss es nicht einmal um die eigene religiöse Identität und Zugehörigkeit gehen, sondern Dispute können sich auch mit Bezug auf andere Zugehörigkeiten, Zuschreibungen und religiöse Identitäten manifestieren. Die Diskussionen zu Flucht und Islam oder zur kulturellen Überfremdung illustrieren dies genauso wie die Auseinandersetzungen innerhalb der Mitgliedschaft anderer Religionsgemeinschaften in der Gesellschaft. Die jeweiligen Positionen reichen hier von einer spezifischen Ablehnung von Muslimen und dem Islam über eine allgemeinere Religionsdistanz und Religionskritik sowie eine Neutralität in Fragen des Religiösen bis hin zu einer starken Solidarität mit anderen religiösen Menschen, zum Teil auch im Kontrast zu säkularen Bevölkerungsteilen. In diesem Sinne kann man ohne Frage sagen: *Religion matters for modern societies and politics!*

Zum Abschluss des Buches bleibt uns Herausgebern nur all denjenigen zu danken, die bereit waren, uns ihre Beiträge zur Verfügung zu stellen und sich den ja immer risikoreichen und teilweise langwierigen Prozessen des *peer reviews* zu unterwerfen. Zu danken ist aber auch denjenigen, welche sich bereit erklärt haben diese *peer reviews* durchzuführen, was in heutigen Zeiten breiter Belastung in Forschung, Lehre und Begutachtung längst keine Selbstverständlichkeit mehr darstellt. Ebenfalls zu danken ist Frau Larissa Zücker, die alle Beiträge konzentriert und zügig bearbeitet und formell wie stilistisch zur Veröffentlichung bereitet hat. Wir hoffen, dass der vorliegende Band mit seinen vielschichtigen Beiträgen zu einem tieferen Verständnis des Verhältnisses zwischen Religion, Fluchtbewegungen, Migration und Politik beiträgt. Aus unserer Sicht ist ein solches hochgradig angebracht, wie vielfältige Verwerfungen und aktuelle Auseinandersetzungen in Politik und Öffentlichkeit zeigen. Möglicherweise gerät die Demokratie, so wie wir sie in Europa kennen, in Zukunft an eine Herausforderung, aus der sie anders hervorgehen wird als zuvor. Wie sie dann aussieht, ist momentan noch nicht zu sagen.

Regensburg und Leipzig im Juli 2018
Oliver Hidalgo und Gert Pickel

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Abdel-Samad, Hamed. 2018. *Integration. Ein Protokoll des Scheiterns*. München: Droemer HC.
- Abizadeh, Arash. 2008. Democratic Theory and Border Coercion. No Right to Unilaterally Control Your Own Borders. *Political Theory* 36: 37–64.
- Adida, Claire L, Davin Laitin und Marie Ann Valfort. 2016. *Why Muslim Integration Fails in Christian-Heritage Societies*. Boston: Harvard University Press.
- Agamben, Giorgio. 2002. *Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Alexander, Robin. 2017. *Die Getriebenen. Merkel und die Flüchtlingspolitik: Report aus dem Inneren der Macht*. München: Siedler.
- Almond, Gabriel A. und Sidney Verba. 1963. *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton: Princeton University Press.
- Angeli, Oliviero. 2011. Das Recht auf Einwanderung und das Recht auf Ausschluss. *Zeitschrift für Politische Theorie* 2 (2): 171–184.
- Arendt, Hannah. 2016. *Wir Flüchtlinge* [1943]. Stuttgart: Reclam.
- Bade, Klaus J. 2017. *Migration. Flucht. Integration. Kritische Politikbegleitung von der „Gastarbeiterfrage“ bis zur „Flüchtlingskrise“. Erinnerungen und Beiträge*. Karlsruhe: Von Loeper.
- Bauman, Zygmunt. 2016. *Die Angst vor den anderen. Ein Essay über Migration und Panikmache*. Berlin: Suhrkamp.
- Bava, Sophie und Stefania Capone, Hrsg. 2010. *Migrations et transformations de paysages religieux* (Autrepart N° 56). Paris: Le Presses de Sciences Po.
- Blake, Michael. 2014a. Migration as Right and as Remedy. *Journal for Human Rights* 8 (2): 15–28.
- Blake, Michael. 2014b. The Right to Exclude. *Critical Review of International Social and Political Philosophy* 17 (5): 521–537.
- Blake, Michael. 2015. The Right to Leave and What Remains. In *Debating Brain Drain. May Governments Restrict Emigration?*, Hrsg. Gillian Brock und Michael Blake, 190–208. Oxford: Oxford University Press.
- Carens, Joseph H. 2013. *The Ethics of Immigration*. Oxford: Oxford University Press.
- Carol, Sarah. 2018. Streitpunkt religiöse Rechte in Deutschland? Einstellungen zu religiösen Rechten im Bundesländervergleich. In *Migration und Integration als politische Herausforderung – Vergleichende Analysen zu politisch-kulturellen Voraussetzungen der Migrationspolitik und Reaktionen*, Hrsg. Gert Pickel, Antje Röder und Andreas Blätte. *Special Issue der Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 12 (1): 111–132.
- Cassee, Andreas. 2016. *Globale Bewegungsfreiheit. Ein philosophisches Plädoyer für offene Grenzen*. Berlin: Suhrkamp.
- Collier, Paul. 2016. *Exodus. Warum wir Einwanderung neu regeln müssen*. München: Pantheon.
- Easton, David. 1979. *A Systems Analysis of Political Life*. Chicago: University of Chicago Press.
- Faßmann, Heinz. 2017. Religiosität und Integration. Drei Bemerkungen zu einer ambivalenten Beziehung. *Interdisciplinary Journal for Religion and Transformation* 3 (1): 28–40.

- Foner, Nancy und Richard Alba. 2008. Immigrant Religion in the U.S. and Western Europe: Bridge or Barrier to Inclusion? *International Migration Review* 42 (2): 360–392.
- Foroutan, Naika, Coskun Canan, Sina Arnold, Benjamin Schwarze, Steffen Beigang und Dorina Kalkum. 2014. *Deutschland postmigrantisch I. Gesellschaft, Religion, Identität. Erste Ergebnisse*. Berlin: Humboldt-Universität.
- Frederiks, Martha und Dorottya Nagy, Hrsg. 2016. *Religion, Migration and Identity. Methodological and Theological Explorations*. Leiden: Brill.
- Gordon, Steven L. 2010. Migrants in a State of Exception. *Transcience Journal* 1 (1): 3–21.
- Grundmann, Thomas und Achim Stephan, Hrsg. 2016. *„Welche und wie viele Flüchtlinge sollen wir aufnehmen?“ Philosophische Essays*. Stuttgart: Reclam.
- Guérot, Ulrike. 2017. *Der neue Bürgerkrieg. Das offene Europa und seine Feinde*. 2. Aufl. Berlin: Ullstein.
- Han, Petrus. 2006. *Theorien zur internationalen Migration*. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Haug, Sonja, Stephanie Müssig und Anja Stichs. 2009. *Muslimisches Leben in Deutschland. Im Auftrag der Deutschen Islamkonferenz* (Forschungsbericht 6). Nürnberg: BAMF.
- Heckmann, Friedrich. 2015. *Integration von Migranten. Einwanderung und neue Nationenbildung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Helbling, Marc, Hrsg. 2012. *Islamophobia in the West: Measuring and Explaining Individual Attitudes*. London: Routledge.
- Hidalgo, Oliver. 2017. Religion und Politik – Über Komplexität, Besonderheiten und Fragestellungen einer interaktiven Beziehung aus politikwissenschaftlicher Perspektive. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik* 1 (1): 111–132.
- Hidalgo, Oliver, Holger Zapf und Philipp W. Hildmann, Hrsg. 2017. *Christentum und Islam als politische Religionen. Ideenwandel im Spiegel gesellschaftlicher Entwicklungen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Higgins, Peter W. 2009. *Immigration Ethics*. Oxford: Oxford University Press.
- Kittel, Olaf. 2017. *Flüchtlinge in Sachsen. Fakten, Lebenswege, Kontroversen*. Leipzig: Edition Leipzig.
- Kivisto, Peter. 2014. *Religion and Immigration. Migrant Faiths in North America and Western Europe*. Cambridge: Polity.
- Kolb, Holger. 2018. Religionspolitischer Multikulturalismus in einem multikulturalismuskritischen Land: Deutschland und der Islam. In *Migration und Integration als politische Herausforderung – Vergleichende Analysen zu politisch-kulturellen Voraussetzungen der Migrationspolitik und Reaktionen*, Hrsg. Gert Pickel, Antje Röder und Andreas Bläthe. *Special Issue der Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 12 (1): 155–172.
- Koopmans, Ruud. 2015. Religious Fundamentalism and Hostility against Out-groups: A Comparison of Muslims and Christians in Western Europe. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 41 (1): 33–57.
- Lehmann, Hartmut. 2004. *Säkularisierung. Der europäische Sonderweg in Sachen Religion*. Göttingen: Wallstein.
- Lehmann, Hartmut, Hrsg. 2005. *Migration und Religion im Zeitalter der Globalisierung*. Göttingen: Wallstein.
- Lessenich, Stephan. 2016. *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. Berlin: Hanser.
- Lüders, Michael. 2017. *Wer den Wind sät. Was westliche Politik im Orient anrichtet*. 23. Aufl. München: C. H. Beck.

- Luft, Stefan. 2016. *Die Flüchtlingskrise. Ursachen, Konflikte, Folgen*. München: C. H. Beck.
- Mandry, Christof. 2009. *Europa als Wertegemeinschaft. Eine theologisch-ethische Studie zum politischen Selbstverständnis der Europäischen Union*. Baden-Baden: Nomos.
- Mavelli, Luca und Erin Wilson, Hrsg. 2016. *The Refugee Crisis and Religion. Secularism, Security and Hospitality in Question*. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Miller, David. 2007. Immigration and Territorial Rights. In *National Responsibility and Global Justice*, 213–230. Oxford: Oxford University Press.
- Miller, David. 2016. *Strangers in Our Midst. The Political Philosophy of Immigration*. Cambridge: Harvard University Press.
- Münkler, Herfried und Marina Münkler. 2016. *Die neuen Deutschen. Ein Land vor seiner Zukunft*. Berlin: Rowohlt.
- Nagel, Kenneth-Alexander und Yasemin El-Menouar. 2017. *Engagement für Geflüchtete – Eine Sache des Glaubens? Die Rolle der Religion für die Flüchtlingshilfe*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Nida-Rümelin, Julian. 2017. *Über Grenzen denken. Eine Ethik der Migration*. Hamburg: Körber.
- Nussbaum, Marta. 2012. *The New Religious Intolerance. Overcoming the Politics of Fear in an Anxious Age*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Oberman, Kieran. 2016. Immigration as a Human Right. In *Migration in Political Theory. The Ethics of Movement and Membership*, Hrsg. Sarah Fine und Lea Ypi, 32–56. Oxford: Oxford University Press.
- Oltmer, Jochen. 2016. *Globale Migration. Geschichte und Gegenwart*. Bonn: bpb.
- Ott, Konrad. 2016. *Zuwanderung und Moral*. Stuttgart: Reclam.
- Owen, David. 2014. Human Rights, Refugees, and the Freedom of Movement. *Journal for Human Rights* 8 (2): 50–65.
- Park, Robert E. und Ernest W. Burgess. 1969. *Introduction to the Science of Sociology*. Chicago/London: The University of Chicago Press.
- Pevnick, Ryan. 2011. *Immigration and the Constraints of Justice. Between Open Borders and Absolute Sovereignty*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pickel, Gert. 2012. Bedrohungsgefühle versus vertrauensbildende Kontakte – Religiöser Pluralismus, religiöses Sozialkapital und soziokulturelle Integration. In *Religiöser Pluralismus im Fokus quantitativer Religionsforschung*, Hrsg. Detlef Pollack, Irene Tucci und Hans-Georg Ziebertz, 221–264. Wiesbaden: Springer VS.
- Pickel, Gert. 2014. Religiöser Wandel als Herausforderung an die deutsche politische Kultur – Religiöse Pluralisierung und Säkularisierung als Auslöser einer (neuen) Religionspolitik? *Zeitschrift für Politik* 61 (2): 136–159.
- Pickel, Gert. 2015. Religiöse Pluralisierung als Bedrohungsszenario? Stereotypen, Ängste und die Wirkungen von Kontakten auf die Integration von Menschen anderer Religion. In *Religionen. Dialog. Gesellschaft. Analysen zur gegenwärtigen Situation und Impulse für eine dialogische Theologie*, Hrsg. Katajun Amirpur und Wolfram Weiße, 19–56. Münster: Waxmann.
- Pickel, Gert. 2017. Religiosität in Deutschland und Europa – Religiöse Pluralisierung und Säkularisierung auf soziokulturell variierenden Pfaden. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik* 1 (1): 37–74.

- Pickel, Gert. 2018. Perceptions of Plurality: The Impact of the Refugee Crisis on the Interpretation of Religious Pluralization in Europe. In *Religion in the European Refugee Crisis*, Hrsg. Ulrich Schmiedel und Graeme Smith, 15–38. Cham: Palgrave Macmillan.
- Pickel, Gert und Oliver Hidalgo, Hrsg. 2013. *Religion und Politik im vereinigten Deutschland. Was bleibt von der Rückkehr des Religiösen?* Wiesbaden: Springer VS.
- Pickel, Gert, Yvonne Jaeckel und Alexander Yendell. 2017. Religiöse Pluralisierung und ihre gesellschaftliche Bedeutung. Konzeptionelle Überlegungen und empirische Befunde. In *Religion soziologisch denken. Reflexionen auf aktuelle Entwicklungen in Theorie und Empirie*, Hrsg. Heidemarie Winkel und Kornelia Sammet, 273–300. Wiesbaden: Springer VS.
- Pickel, Gert und Susanne Pickel. 2018. Migration als Gefahr für die politische Kultur? Kollektive Identitäten und Religionszugehörigkeit als Herausforderung demokratischer Gemeinschaften. In *Migration und Integration als politische Herausforderung – Vergleichende Analysen zu politisch-kulturellen Voraussetzungen der Migrationspolitik und Reaktionen*, Hrsg. Gert Pickel, Antje Röder und Andreas Blätte. *Special Issue der Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 12 (1): 297–320.
- Pickel, Gert und Alexander Yendell. 2016. Islam als Bedrohung? Beschreibung und Erklärung von Einstellungen zum Islam im Ländervergleich. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft (ZfVP)* 10 (3–4): 273–310.
- Pickel, Gert, Alexander Yendell und Yvonne Jaeckel. 2016. Religiöse Pluralität oder kulturelle Bereicherung? Die Wahrnehmung von Bedrohung durch Religion im Ländervergleich. In *Religiöse Identitäten in politischen Konflikten*, Hrsg. Ines-Jacqueline Werkner und Oliver Hidalgo, 81–121. Wiesbaden: Springer VS.
- Pickel, Susanne und Gert Pickel. 2006. *Politische Kultur- und Demokratieforschung. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS.
- Plüss, Caroline. 2008. Migration and the Globalization of Religion. In *The Oxford Handbook of Sociology of Religion*, Hrsg. Peter B. Clarke, 491–506. Oxford: University Press.
- Polak, Regina und Wolfram Reiss, Hrsg. 2014. *Religion im Wandel. Transformation religiöser Gemeinschaften in Europa durch Migration – Interdisziplinäre Perspektiven*. Göttingen: V & R Unipress.
- Pollack, Detlef, Olaf Müller, Gergely Rosta, Nils Friedrichs und Alexander Yendell. 2014. *Grenzen der Toleranz: Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa*. Wiesbaden: Springer VS.
- Pollack, Detlef und Gergely Rosta. 2015. *Religion in der Moderne. Ein internationaler Vergleich*. Frankfurt/Main: Campus.
- Rawls, John. 2002. *Das Recht der Völker*. Berlin/New York: de Gruyter.
- Roy, Olivier. 2006. *Der islamische Weg nach Westen. Globalisierung, Entwurzelung und Radikalisierung*. Bonn: bpb.
- Roy, Olivier. 2011. *Heilige Einfalt. Über die politischen Gefahren entwurzelter Religionen*. Bonn: bpb.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Migration und Integration (SVR). 2016. *Viele Götter, ein Staat: Religiöse Vielfalt und Teilhabe im Einwanderungsland*. Jahresgutachten 2016 mit Integrationsbarometer. Berlin: SVR.
- Schiffauer, Werner. 2008. *Parallelgesellschaften. Wie viel Wertekonsens braucht unsere Gesellschaft? Für eine kluge Politik der Differenz*. Bielefeld: transcript.

- Schneidt, Katja. 2016. *Wir schaffen es nicht. Eine Flüchtlingshelferin erklärt, warum die Flüchtlingskrise Deutschland überfordert*. München: Riva.
- Schulze Wessel, Julia. 2017. *Grenzfiguren. Zur politischen Theorie des Flüchtlings*. Bielefeldt: transcript.
- Singer, Peter. 1994. Die drinnen und die draußen. In *Praktische Ethik*. 2. Aufl., 315–334. Stuttgart: Reclam.
- Ther, Philipp. 2017. *Die Außenseiter. Flucht, Flüchtlinge und Integration im modernen Europa*. Berlin: Suhrkamp.
- Vilaça, Helena, Enzo Pace, Inger Furseth und Per Petterson, Hrsg. 2014. *The Changing Soul of Europe. Religions and Migrations in Northern and Southern Europe*. Surrey/Burlington: Ashgate.
- Walzer, Michael. 2006. *Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit*. Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Wellman, Christopher Heath und Phillip Cole. 2011. *Debating the Ethics of Immigration. Is There a Right to Exclude?* Oxford: Oxford University Press.
- Žižek, Slavoj. 2015. *Der neue Klassenkampf. Die wahren Gründe für Flucht und Terror*. Berlin: Ullstein.

Das Verhältnis von Politik und Religion auf dem Prüfstand?



Mittelbare Auswirkungen der ‚Flüchtlingskrise‘ auf eine Grundfrage im demokratischen Verfassungsstaat

Oliver Hidalgo

1 Einleitung

Das Thema der Religion ist für die wissenschaftliche Reflexion der globalen Flucht- und Migrationsbewegungen offensichtlich äußerst relevant. Nicht nur, dass religiöse Überzeugungen einen geradezu klassischen Grund für Diskriminierung und Verfolgung und daher eine der wichtigsten Ursachen dafür bilden, dass Menschen sich genötigt sehen, ihre Heimatländer zu verlassen, spielen religiöse Identitäten im Rahmen der aktuellen ‚Flüchtlingskrise‘ eine besonders tragende Rolle. Dies gilt sowohl im Hinblick darauf, dass die Mehrzahl derjenigen, die heute im ‚christlichen Abendland‘ Aufnahme finden wollen, aus muslimisch geprägten Herkunftsländern stammen, als auch dahingehend, dass christliche Werte gegenwärtig für beides in Anspruch genommen werden: um Flüchtlinge aus der muslimischen Welt willkommen zu heißen oder aber, um sie als ‚Fremde‘ abzulehnen. Gleichwohl hat im Zweifelsfall eine dritte, womöglich auf den ersten Blick weniger evidente Thematik unter dem Strich die größte Beachtung verdient. So ist die Flüchtlings- und Migrationsfrage dazu angetan, die Komplexität des Verhältnisses zwischen Politik und Religion in der modernen säkularen Gesellschaft mitsamt seinen gleichzeitig zu beobachtenden Spannungen und Harmonien, Chancen und Risiken zurück auf die Agenda des öffentlichen Diskurses bringen – deutlich über

die viel zitierte „Rückkehr des Religiösen“ hinaus. Zwei miteinander verwobene Punkte sind hierfür als ausschlaggebend einzustufen: Erstens lässt die wachsende Zahl nicht-christlicher Migrantinnen und Migranten sowie die spezielle religionsinterne Pluralität des Islam das Problem religiöser Vielfalt als Herausforderung für Demokratie und demokratischen Rechtsstaat in eine neue Dimension vorrücken. Und zweitens können die über die Jahrhunderte gewachsenen, religionspolitischen und religionsverfassungsrechtlichen Traditionen in den westlichen Demokratien nicht länger (zumal, wenn sie gesellschaftlich weitgehend unreflektiert bleiben) als umfassend adäquate Lösungen angesehen werden, die bereits alle sich stellenden politischen Probleme auf dem religiösen Feld antizipiert haben. Stattdessen werden jene Verfassungen nunmehr nicht nur in ihrer Heterogenität (vgl. Minkenberg 2003) sondern ebenso in ihrer historischen Kontingenz (vgl. Cavuldak 2015) transparent. Mit anderen Worten, über die zunehmende Erfordernis hinaus, nicht-christliche Glaubensrichtungen in die demokratischen Gesellschaften des Westens zu integrieren, zeigt sich zum einen unmissverständlich, wie sehr die religionspolitischen Realitäten in Europa – aller Zurschaustellung ‚weltanschaulicher Neutralität‘ zum Trotz – bislang stillschweigend und exklusiv auf das Christentum sowie allenfalls noch auf das Judentum hin abgestimmt waren und sind; zum anderen aber wird erkennbar, dass zentrale Problemkreise im Zusammenhang der unvermeidlich parallelen Verbindungs- und Trennungslinien zwischen Religion und Politik zuvor kaum ins öffentliche Bewusstsein geraten sind. Erst angesichts der neuen Situation, die durch die Flucht- und Migrationsbewegungen der letzten Jahre und Jahrzehnte geschaffen wurde, erfahren jene Probleme die ihnen gebührende Aufmerksamkeit.¹

Der vorliegende Beitrag will entsprechend eine zweigliedrige Argumentation entwickeln: Abschnitt 2 skizziert zunächst, warum das Verhältnis von Politik und Religion unverändert ein Schlüsselproblem im Verständnis des demokratischen Verfassungsstaates darstellt. Abschnitt 3 erläutert und vertieft im Anschluss anhand von mehreren ineinandergreifenden Aspekten, weswegen die aktuellen

1 Ohne an dieser Stelle ausführlich auf das hiervon angesprochene breite Spektrum an Fragestellungen eingehen zu können, sollte allein der Blick auf religionspolitisch so unterschiedliche Ordnungen wie die *laïcité* in Frankreich, die Staatskirche im Vereinigten Königreich oder der öffentlich-rechtliche Status der Kirchen in Deutschland geeignet sein, um die allen genannten Beispielen eigene Schwierigkeit zu demonstrieren, sowohl für christliche und nicht-christliche Religionsgemeinschaften als auch für die Säkularen eine Integrationsbasis zu bieten, die die Gleichberechtigung aller betroffenen Gruppierungen garantiert. Bei weitem zu einseitig wäre es demzufolge, von einer rein „islamischen Herausforderung“ (Tibi 2007) für das Verhältnis von Religion und Politik im Europa der Gegenwart zu sprechen.

Flüchtlings- und Migrationsbewegungen als eine Art Trigger dafür anzusehen sind, dass dieses zwischenzeitlich vernachlässigte oder sogar ignorierte Problem momentan wieder verstärkt auf die politische Agenda drängt – einerseits wie erwähnt im Fahrwasser der etablierten Diskussion über die ‚Wiederkehr des Religiösen‘, andererseits jedoch auch losgelöst davon als neues Stadium der allgemein schwierigen Beziehung zwischen Religion und Politik unter den von der modernen Demokratie geschaffenen Voraussetzungen.

2 Politik und Religion im demokratischen Verfassungsstaat – ein vergessenes oder ignoriertes Problem?

In der aufgeheizten Stimmungslage der Gegenwart, in der sich die Aufmerksamkeit stark auf den Islam bzw. die Muslime als dominante Flüchtlings- und Einwanderergruppe in Europa konzentriert, droht zuweilen die im Grunde evidente Einsicht unterzugehen, dass zwischen Demokratie und Religion eine generelle, nahezu klassische Spannung besteht, von der auch das Christentum keineswegs ausgenommen ist. Insofern will das vorliegende Kapitel mit Hilfe eines ideengeschichtlichen Rekurses² daran erinnern, warum Religionen verschiedener Couleur ganz allgemein eine intellektuelle wie praktische Herausforderung für den demokratischen Rechtsstaat bedeuten. Dies betrifft beileibe nicht nur die moderne Politik, sondern geht bis in die griechische Antike zurück, das heißt konkret bis zur ersten als solche bezeichneten ‚Demokratie‘ in Athen. Wie Christian Meier (1983) diesbezüglich gezeigt hat, wäre die gesamte dortige Entstehung des Politischen und Demokratischen – verstanden als das ‚Könnensbewusstsein‘ des Volkes, sein Zusammenleben nach eigenen Maßstäben zu regeln und sich nicht länger als Objekt (des Schicksals oder der Götter), sondern als selbstbestimmtes Subjekt und Akteur der Geschichte zu begreifen – ohne die gleichzeitige Zurückdrängung der klassischen Theogonien und Kosmogonien nicht möglich gewesen. Analog waren christliche Vorstellungen des Politischen, die sich – nachdem sich das apokalyptisch ausgerichtete Frühchristentum wenig um den weltlichen Bereich gekümmert hatte – seit der Spätantike und im Mittelalter in Europa sukzessive etablierten und die Praxis der Herrschaft eng an die ethischen Vorgaben des Christentums zu binden suchten, gerade *nicht* von der Idee einer freien Entscheidbarkeit der Normen beseelt, die das Leben in Gemeinschaft regeln sollten. Eine signifikante

2 Ausführlich wird die komplexe ideengeschichtliche Entwicklung des Verhältnisses von Staat, Politik und Religion in ihren einzelnen Etappen nachgezeichnet bei Hidalgo und Polke (2017).

Emanzipation des Politischen vom Religiösen setzte folgerichtig – trotz der augustinischen Trennung zwischen *civitas Dei* und *civitas terrena*³ – erst nach der Wiederentdeckung der (im arabischen Raum bewahrten) politischen Schriften des Aristoteles ein. Von Aristoteles, der anders als Platon zwischen Theorie und Praxis, Theologie und Politik sowie sogar zwischen Politik und Ethik unterschieden hatte, bezogen Denker wie Aegidius Romanus, Johannes Quidort, Marsilius von Padua oder Wilhelm von Ockham überhaupt erst die Begrifflichkeit, um die praktische Option einer eigenständigen, von der Religion nicht vollkommen durchdrungenen politischen Sphäre zu kennzeichnen. Im Zuge dessen kristallisierte sich durch das Wirken der eben genannten Autoren eine neue literarische Gattung heraus, die den Umfang und die gebotenen Grenzen der Macht des Papstes deziidiert problematisierte (vgl. Miethke 2000). Auf Basis jenes spätmittelalterlichen, enormen Säkularisierungsschubs des politischen Denkens konnten sich im Anschluss solch einschlägige Zäsuren wie die Entdeckung des Individuums in der Renaissance (Pico della Mirandola), die Idee des modernen, säkularen Republikanismus (Machiavelli) sowie die neuzeitliche Vertragstheorie (Hobbes) vollziehen.⁴

Mit der dadurch sukzessive erreichten „Ablösung der politischen Ordnung [...] von ihrer geistlich-religiösen Bestimmung und Durchformung“ sowie ihrer Verweltlichung „im Sinne des Heraustretens aus einer vorgegebenen religiös-politischen Einheitswelt zu eigener weltlich konzipierter (‚politischer‘) Zielsetzung und Legitimation“ (Böckenförde 2013, S. 93) waren die Weichen für die spätere Trennung von ‚Staat‘⁵ und Kirche gestellt. Zugleich entwickelte sich hieraus eine Grundlage dafür, dass sich die Ideen des souveränen Volkes sowie der modernen Demokratie in Europa manifestieren konnten. Für diese Entwicklung ist wiederum der Einfluss der radikal atheistischen Aufklärung kaum zu überschätzen. Wie

-
- 3 Hier darf nicht übersehen werden, dass diese für das Mittelalter so entscheidende Distinktion keine institutionelle oder auch nur mentale Trennung von weltlicher Herrschaft und Gemeinwesen auf der einen sowie Kirche und geistiger Herrschaft auf der anderen Seite implizierte. Vielmehr ging es darum, die Bürgerschaft derjenigen, die ihr Leben der *civitas Dei* widmeten und sich somit auch im ‚weltlichen‘ Bereich an die Gebote Gottes hielten, von denjenigen zu unterscheiden, die ihre Priorität insgesamt auf die *civitas terrena* legten und daher von der Erlösung ausgeschlossen blieben.
 - 4 Welche zusätzlichen Auswirkungen die Reformation als innerreligiöser Vorgang auf das moderne, säkulare politische Denken ausübte, kann hier nicht eigens betrachtet werden. Hierzu verweise ich auf Hidalgo (2015).
 - 5 Historisch korrekter wäre es zu sagen, dass sich die eigentlich moderne Idee des ‚Staates‘ im Sinne eines politischen Verbandes, der über ein bestimmtes Territorium ein Gewaltmonopol ausübt und dabei vom Selbstbestimmungsrecht eines nach Maßgabe der Nationalität definierten Volkes legitimiert ist, selbst eine Konsequenz vorheriger einschneidender Säkularisierungsprozesse bedeutet.

vor allem die Studien von Jonathan Israel (2001, 2006, 2010 und 2011) untersucht haben, stehen Namen wie Baruch de Spinoza, Pierre Bayle, Henry St. John Bolingbroke, Denis Diderot oder Baron d'Holbach nicht nur für Meilensteine auf dem Weg zu einer rationalen Staatsphilosophie, die die individuelle Freiheit inklusive der Gedanken, Meinungs- und Religionsfreiheit zum obersten Ziel ausgibt, sondern zugleich für eklatante Fortschritte im Hinblick auf die Entwicklung der modernen Demokratie. Während Spinozas *Tractatus theologico-politicus* (Kap. XVI, S. 232–240) dabei schon früh explizit für die Demokratie als vernünftige Regierungsform plädiert, die im Zweifelsfall die Rechte des Einzelnen am nachhaltigsten garantiere, zeichnet sich bei Bayle ein gleichermaßen liberales, tolerantes und demokratisches Staatswesen ab und profilieren sich Diderot und d'Holbach als beißende Kritiker der Kirche als Handlangerin des überkommenen *Ancien Régime*. Bolingbroke als Vordenker der Opposition, Befürworter eines systemloyalen Parteienwesens und Diagnostiker des unvermeidlichen Verschleißes *jeder* Regierung (die deshalb durch Wahl/Abwahl kontinuierlich zu erneuern ist)⁶ identifiziert überdies die entscheidenden Instanzen und Institutionen für die Einrichtung einer ebenso demokratischen wie wertpluralistischen Gesellschaft, selbst wenn der Pluralismus bei ihm selbst noch deutlich von einem idealisierten Patriotismus überlagert wird. Neben diesen Innovationen des atheistischen Zweigs der Aufklärung dürfen die Leistungen ihrer gemäßigeren, religionsaffineren Richtung (die mit Locke, Voltaire, Hume oder Kant vor allem Wegweiser der modernen Menschenrechtsbewegung hervorbrachte) zwar nicht ignoriert werden; für sich genommen aber waren sie allesamt auffallend weniger ‚demokratisch‘ ausgerichtet als ihre religionsskeptischen Pendanten. Das gilt sogar für Rousseau, der im *Contrat social* (Buch III, Kap. 4) die Demokratie paradoxerweise als Regierungsform der Götter, nicht der Menschen bestimmte: Zum einen – sofern man den Begriff der ‚Volksherrschaft‘ wirklich wörtlich nehme – sei letztere nämlich unmöglich zu realisieren; zum anderen aber sei eine ‚demokratische Herrschaft‘ bei genauem Hinsehen redundant, weil Bürger, die so selbstbestimmt sind, dass sie sich an ihre autonom gegebenen Gesetze tatsächlich halten, im Grunde gar keine Regierung bräuchten. Hinzu kommt, dass bei Rousseau die an sich unbegrenzte Volkssouveränität durch die in den *Gesellschaftsvertrag* eingezogenen religiösen Momente der Heteronomie prompt relativiert wird – durch den gottähnlichen *législateur*, der antritt, um die egoistische Natur der Menschen zu ändern, und durch die Zivilreligion, die

6 Zu dieser paraphrasierten Grundposition Bolingbrokes siehe vor allem seine Schriften „A Dissertation upon Parties“ (1733), „On the Spirit of Patriotism“ (1736) und „The Idea of a Patriot King“ (1738) sowie die ausführliche Darstellung bei Jäger (1971).

dem Gemeinwesen ein für den Einzelnen unhintergebares Wertegerüst zur Verfügung stellt (ebd., Buch II, Kap. 7; Buch IV, Kap. 8).

Dass in der Frühmoderne die Geltung der individuellen wie der kollektiv-demokratischen Freiheit *gegen* die (noch verbliebenen) Ansprüche von Religion und Kirche hart erkämpft werden musste, ist bei genauerer Betrachtung also wenig überraschend. Selbst in der Rückschau ist zweifelsfrei zu ermessen, welch erhebliche Herausforderung, ja Provokation jene modernen Ideen für die traditionelle Religion bedeuteten. Letztlich richteten sich derartige Freiheitsforderungen gegen alles, wofür die Religion damals stand und bis zu einem gewissen Grad noch heute steht: die Lenkung der (privaten und politischen) Lebensführung durch religiöse Offenbarungs- und Wahrheitsansprüche; die (unvermeidliche) Zugehörigkeit zu einer religiös konstituierten Gemeinschaft; schließlich die Einreihung des Einzelnen in eine göttliche Weltordnung, einen kosmologischen Zusammenhang. Die Vorstellung, dass Individuen frei, unabhängig und ungebunden von feststehenden normativen Vorgaben innerhalb eines subjektiven Frei- und Gestaltungsraums Entscheidungen treffen, war somit nur als Affront gegen die ethischen Imperative des Handelns einzuschätzen, wie sie im Grunde für alle (Welt-)Religionen charakteristisch sind. Indem mit jedem Glauben an eine göttliche Wahrheit zugleich eine klare Orientierung einhergeht, was dem Einzelnen erlaubt oder verboten ist, war die moderne Idee der Freiheit in erster Linie dazu angetan, das Individuum wie das Gemeinwesen von der *Autorität* des Religiösen zu befreien. Um dies einzusehen, brauchen wir weder von einem klar definierten Religionsbegriff auszugehen⁷ noch das Religiöse als *Paradigma* der Autorität schlechthin identifizieren.⁸ Es genügt, uns die religiöse *Praxis* anzusehen, die ohne eine ethisch-handlungsanleitende Dimension schlechterdings nicht auskommt, sind doch religiöse Vorgaben als Antworten auf Fragen der individuellen Lebensführung zu verstehen, die Religionsgemeinschaften in ebenso umfassender wie allgemeingültiger Weise zu formulieren beanspruchen. Die Philosophie der Aufklärung, mit Kant verstanden als Ausgang des Einzelnen aus selbstverschuldeter Unmündigkeit, wandte sich daher – im Namen der Autonomie des Einzelnen – strikt gegen den Grad an Hetero-

7 Mit Ciceros „De Natura Deorum“ ließe sich die Religion etwa in Anlehnung an das lateinische *relegere* als sich wiederholende, sorgsame Beachtung öffentlicher Glaubensvorschriften in Abgrenzung zum Aberglauben (= *superstitio*) verstehen, mit Laktanz’ „Divinae institutiones“ oder Augustinus’ „De vera religione“ hingegen als Rückbindung an eine göttliche Ordnung/einen göttlichen Urgrund sowie als Verbundenheit des Menschen mit Gott (von lat. *religare* = anbinden, festmachen).

8 Letzteres zeichnet bekanntlich die Politische Theologie Carl Schmitts aus, die sich damit in irritierender Nähe zum Anarchismus à la Bakunin und Kropotkin bzw. zur Ideologiekritik von Marx bis Ernst Topitsch befindet.